

einer gleichen intensiven Vorbereitung nicht die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt. Daher war es nicht verwunderlich, daß wenige Tage vor der Kreistagsitzung eine große Zahl von Genossen und Mitarbeitern beim Rat des Kreises nicht wußte, wann die nächste Sitzung der Volksvertretung stattfindet und was dort behandelt werden soll. Das war jedoch nicht nur in diesem Fall so, sondern ist auch in der Vergangenheit noch nie wesentlich anders gewesen.

Hier war bisher nur die Rede von der Vorbereitung einer Tagung der Volksvertretung. Gleiches ließe sich aber auch für die Vorbereitung des Berichtes einer Fachabteilung vor dem Rat sagen. Auch in solchen Fällen war es bisher noch nicht üblich, daß in den Parteigruppen dazu vorher Stellung genommen wurde, wie diese Aufgabe vom Standpunkt der Partei aus durch die Genossen der Abteilung zu lösen ist.

Wo liegen die Ursachen dafür, daß die Parteiarbeit in der staatlichen Verwaltung so langsam voranschreitet?

Vielfach besteht unter den Genossen die Meinung, ihre praktische Tätigkeit als Mitarbeiter der staatlichen Verwaltung sei bereits Parteiarbeit. Natürlich muß sich jeder im Staatsapparat tätige Genosse in seiner Arbeit immer von den Weisungen und Beschlüssen der Partei leiten lassen. Das darf aber nicht dazu führen, Partei- und Staatsarbeit gleichzusetzen. Die Folge ist zumeist eine Stagnation des innerparteilichen Lebens. Das äußert sich häufig so, daß sich die Beratungen in den Parteiorganisationen und Parteigruppen kaum von Arbeitsbesprechungen unterscheiden und die Behandlung ideologischer Fragen dabei mehr und mehr in den Hintergrund tritt. Andererseits gibt es auch solche Erscheinungen, daß innerhalb der Parteiorganisationen des Staatsapparates nur organisatorische Fragen behandelt werden, wie Durchführung des Parteilehrjahrs, Pressewerbung u. a. Mit der Erweiterung der Rechte der örtlichen Organe der Staatsmacht müssen wir jedoch auch zu einer Veränderung der Arbeitsweise der Parteiorganisationen in den staatlichen Verwaltungen kommen.

Einer der Hauptgründe für die unbefriedigende Parteiarbeit im Staatsapparat besteht noch darin, daß die Normen des Parteilebens, so wie sie im Statut festgelegt sind, nur mangelhaft eingehalten werden. So führten die Genossen der Parteiorganisation beim Rat des Kreises Arnstadt im Verlauf des Jahres 1956 einschließlich der Berichtswahl Versammlung nur vier Mitgliederversammlungen durch. Auch in den Abteilungsparteiorganisationen und in den Parteigruppen gibt es keine kontinuierliche Parteiarbeit. Die Folge ist, daß über eine lange Zeit die Mitglieder der Grundorganisation sich selbst überlassen bleiben und darum auch nicht in der Lage sind, die Beschlüsse der Partei in die richtige Verbindung zu ihren Arbeitsaufgaben zu bringen.

Die Parteiorganisation beim Rat des Kreises Arnstadt bereitet sich jetzt auf die Berichtswahlversammlung vor. Die Leitung ebenso wie die gesamte Mitgliedschaft der Parteiorganisation müssen diesen Anlaß dazu benutzen, die bisherigen Methoden der Parteiarbeit kritisch zu prüfen. Es ist notwendig, daß über die ideologischen Ursachen der Verletzung der Normen des Parteilebens gesprochen wird. Es muß auch die Frage gestellt werden, warum die leitenden Genossen beim Rat des Kreises, unter ihnen auch der Vorsitzende des Rates als Mitglied des Büros der Kreisleitung, den bisherigen Zustand der Parteiorganisation geduldet haben.